

Volkszeitung

Nr. 26 Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltige Illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Pl. 4.20, wöchentlich Pl. 1.05; Ausland: monatlich Pl. 5.—, jährlich Pl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 15 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Hof, links.
Tel. 36-90. Postkontokonto 63.508
Geschäftskunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2 bis 3.
Privattelefon des Schriftleiters 28-45.

Anzeigenpreise: Die nebengefaltene Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreigesfaltene Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige angegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

4. Jahrg.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** W. Ksner, Parzerzwa 16; **Wieliczka:** B. Schwalbe, Stolarska 43; **Konstantynow:** J. W. Modrow, Długa 70; **Ogrodowa:** Amalie Richter, Neustadt 505; **Pabianice:** Julius Walta, Sienkiewicza 8; **Lodzaskow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zbuzka-Wola:** Berthold Klittig, Ogrodowa 26; **Zgierz:** Eduard Stranz, Rynek Miliniego 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hiellega 20.

Drei Jahre „Lodzer Volkszeitung“

1923 @ 28. Oktober @ 1926

Drei Jahre.

Es ist dies keine lange Zeitspanne, keine Zeitdauer, die tief in die Geschichte greift. Nur drei Jahre, die wir sonst in unserem gewöhnlichen Leben nicht feiern, die dahinschwinden, ohne daß man davon Notiz nimmt.

Alles dies aber im gewöhnlichen Leben. Bei gut fundierten Gründungen, die sich auf Bankinstitutionen, auf Kreise stützen, denen die heutige Gesellschaftsordnung Mittel in endloser Menge zuführt. Drei Jahre sind eine Kleinigkeit für bürgerliche Zeitungen, die die graue Sorge nicht kennen, denen beigeprungen wird, wenn sie wanken, damit sie erhalten werden, zur Verteidigung der Klasseninteressen der Industriellen, der Bankiers der Großfinanz. Damit sie die öffentliche Meinung, das Volk, bearbeiten, um es für die eigene Tasche zu beeinflussen. Drei Jahre zurückzulegen sind für ein solches Blatt keine Leistung von besonderer Bedeutung, kein Kunststück.

Trifft das aber für die „Lodzer Volkszeitung“ zu?

Nein! Wir sind nicht die Glücklichen, die drei sorglose Jahre zurückgelegt haben. An unserer Wiege stand nicht die Großfinanz, die uns Schicksal auf Tausende in das Wickelrisse legte.

An unserer Wiege stand ein anderer Teil unserer Zeitgenossen. Der Teil, der in den Kriegsjahren durch die Not vollständig zusammengebrochen ist und an Unterernährung litt. Der, welcher fünf Jahre durch Lebensmittelschmuggerei, durch schlechtbezahlte Forstarbeiten, durch Abschiebung in Kohlenruben, durch Gelegenheitsarbeiten sein lärgliches Leben fristete, der Teil, welcher durch die Weltkrise, durch den Wahn einiger kriegsfreudigen Degenerierten sein ganzes Hab und Gut, ja seine Gesundheit und durch das Elend viele seiner Lieben verlor.

Dieser Teil unserer Zeit, unserer Volksgenossen stand an der Wiege unserer gemeinsamen Schöpfung. Der ruhige Arbeiter, der von Konjunkturen des Kapitals abhängige Weber, der zum Proletarier herabgesunkene Angestellte, der schlechtbesoldete Lehrer und Geistesarbeiter. Diese Entrechteten waren es, die sich zusammenschloßen, um mit eigenen Mitteln eine Waffe zu schmieden, die ihnen im grauen Alltag, im Kampfe um die nackte Lebensexistenz beistehen, die ihnen ein Helfer und ein treuer Freund sein soll.

Die Groschen, die zusammengetragen wurden, waren kein Ueberfluß. Es waren vom Munde abgesparte Groschen, Summen, Klein an

Bedeutung, Klein im Werte auf dem kapitalistischen Weltmarkt, groß aber für diese vom Schicksal Entrechteten.

Wenn wir heute, am dreijährigen Geburtstage unserer „Lodzer Volkszeitung“, an diese hehren Stunden, an diese Gelöbnisse zurückdenken, die die Befreiung von der bürgerlichen Presse bezweckten, die beweisen sollten, auf welcher geistigen und kulturellen Stufe das werktätige deutsche Volk Kongreßpolens steht, so müssen wir feststellen, daß die drei Jahre „Lodzer Volkszeitung“ etwas ganz Großes sind, etwas, was dem deutschen werktätigen Volke Kongreßpolens nicht nachgeahmt werden kann.

Mit Stolz erfüllt uns unsere gemeinsame dreijährige Tätigkeit. Mit Stolz ganz besonders der Umstand, daß wir bei der Gründung nicht stehen blieben. Daß unsere Volksgenossen die Bedeutung ihres Streikers, ihrer Freundin, der „Lodzer Volkszeitung“, erkannt haben. Denn dem Wochenblatt folgte ein Halbwochenblatt, diesem schon nach einem halben Jahre eine dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung und seit dem 1. September vorigen Jahres die Tageszeitung.

Die vollständige Befreiung des werktätigen Volkes von der bürgerlichen Presse wurde zäh erkämpft. Schrittweise. Wie eben ein Arbeiter, wie das deutsche Volk die Hindernisse bewältigt.

Heute haben diese Benachteiligten des Schicksals ihre Tageszeitung. Es war kein Strohfeuer, welches das Geburtstagskind begleitete. Nein! Drei Jahre sind kein Strohfeuer, drei Jahre sind fester, unbeugsamer, durch nichts abzuändernder Wille. Drei Jahre sind ein prächtiges Zeugnis, das sich das deutsche werktätige Volk Kongreßpolens vor den Genossen anderer Nationalität im Lande, vor den Werktätigen der Welt und vor unseren Volksgenossen ausgestellt hat, die in der Welt zerstreut wohnen und überall ihrem Geiste und ihrer Arbeitsamkeit, ihrem Pflichtgefühl die Achtung für ihre Arbeit abringen.

Drei Jahre sind der Beweis, daß wir zusammengehören, daß wir eine Familie sind, daß uns keine Verfolgung, kein Chauvinismus, keine Hosen, keine Versprechungen unserer Ideologie und unserem Streben feindlich gegenüberstehender Volksgenossen der anderen Fakultät auseinanderzureißen imstande sind. Drei Jahre haben uns zusammengefechtet, haben unseren Willen gestählt und haben uns bewiesen, daß das Recht und die Gerechtigkeit auf unserer Seite stehen.

Heute sprechen wir deutsche Werktätigen vermittels unseres Organs zu unseren Schicksalsgenossen anderer Nationalität. Heute können wir diesen mitteilen, was uns drückt, was wir haben müssen, was uns gewährt werden muß. Heute sind wir nicht eine Gruppe, die von der Welt abgeschnitten ihren Kampf ausführt, ungesehen und ungehört. Heute wird unsere Stimme auf staatlichem, auf internationalem Gebiet, von unseren Genossen in unserer früheren Heimat gehört. Heute sind wir auf staatlichem, auf internationalem Gebiet ein Faktor, eine Macht. Denn wir gehören zugleich zu der großen Familie der Werktätigen, die überall in der ganzen Welt für ein besseres Morgen, für die Völkerverböhnung, für den Frieden, für eine gerechte Welt kämpfen.

Das alles ist das Ergebnis der zähen Arbeit unser aller.

Aber noch ist nicht alles erreicht. Noch stehen viele außerhalb uns. Noch tragen beruhte Arbeiter, hungrige Weber, schlechtbezahlte Lehrer und Angestellte ihre Groschen den bürgerlichen Zeitungen hin, die aus der Natur der Sache ihre Verteidiger nicht sein können, die den Werktätigen schlechte Einflüsse einimpfen und sie für ihre unedlen Ziele benützen.

Hier haben wir alle noch große Arbeit zu leisten. Schwere Arbeit. Besuche bei diesen Unaufgeklärten, um ihnen klarzumachen, auf welchem falschem Wege sie sich befinden, um ihnen nachzuweisen, daß sie ihre Feinde nähren, wenn sie die bürgerliche Presse unterstützen.

Hier müssen wir alle Hand anlegen. Gerade wir als deutsches Volk müssen zeigen, daß unser Geist, unsere Kultur eher begreift, was natürlich, was selbstverständlich ist.

Drei Jahre lang waren wir nicht müßig. Wir haben als werktätiges deutsches Volk ein großes Werk vollbracht, aber es noch nicht beendet. Das wollen, das müssen wir gemeinsam tun, müssen für unser Werk noch größere Achtung erwerben.

Wie es eben in unserer Natur liegt, müssen wir handeln. Nicht große Feste, nicht Freudenausbrüche. Arbeit, zähe Arbeit, Bervollkommnung unseres Wertes ist unser aller Aufgabe, die wir eins sind, die wir zusammengehören.

Das ist unser Geburtstagswunsch, das soll unser Lohn sein für die gemeinsame Arbeit, das soll die Aufgabe unserer lieben Freundin und Wegbereiterin, unserer „Lodzer Volkszeitung“ sein und die Aufgabe aller unserer Freunde.

„Lodzer Volkszeitung“

Die Redaktion.

Drohende Gefahren.

Von Arthur Reonig, Sejmabgeordneten.

Staatliche Verwaltung und Gerichtsbarkeit stehen bei uns von Anfang an im Dienste des polnischen Nationalismus. Die ganze Machtfülle des staatlichen Apparates wird gegen die nationalen Minderheiten seit Jahren schon in Anwendung gebracht, um die konstitutionell verbrieften Gleichberechtigungen in ihr krassem Gegenteil zu verkehren. Wir Deutschen in Polen haben die Auswirkungen dieser Politik oft genug am eigenen Leibe empfunden. Einen harten Abwehrkampf haben wir aufnehmen müssen, um unser Volkstum vor drohender Vernichtung zu retten.

Die ungleiche Behandlung polnischer Staatsbürger kommt auf allen Gebieten des Lebens zum Ausdruck. Sogar ein Gebiet, das seiner Natur nach nichts mit nationalen Unterschieden zu tun hat, die Wirtschaft, wird in den Kreis nationalitätlicher Beeinflussung hineingezogen. Die wirtschaftlichen Daseinsbedingungen sind für die Angehörigen der Minderheitsvölker bedeutend schwieriger als für das Mehrheitsvolk. Kreditpolitik und Steuerpraxis beweisen, daß der Pole weit größere Vorteile genießt, als der Deutsche. Dasselbe gilt von der Erteilung staatlicher Konzessionen, die für Deutsche in höchst seltenen Fällen in Betracht kommen. Das weite Feld der Betätigung in staatlichen Ämtern ist für die arbeitende Intelligenz unserer deutschen Minderheit verschlossen, so daß sie weit weniger Arbeitsmöglichkeit hat, als die polnische Intelligenz. Dasselbe gilt zum großen Teil für die Arbeiterschaft in staatlichen Betrieben und für die vom Staate aus geleiteten Arbeiten. Sogar eine an sich so begrüßenswerte soziale Reform, wie die Agrarreform, wird als Vernichtungsmittel gegen die Minderheiten angewandt.

Eine stattliche Reihe von Prozessen beweist es, daß man nicht davor zurückscheut, auch die Gerichtsbarkeit in den Dienst der Unterdrückungspolitik zu stellen. Während die altgriechische Themis, die Göttin der Gerechtigkeit, mit verbundenen Augen urteilte, um ein gerechtes Urteil ohne Ansehen der Person zu fällen, scheint die polnische Themis die Binde von den Augen genommen zu haben, um genau zu unterscheiden, ob das Urteil einen Polen oder einen Deutschen treffen soll. Der letzte Volksbund-Prozess in Kattowitz hat die Abhängigkeit des Gerichtswesens von unserer nationalistischen Reaktion wieder einmal deutlich vor Augen geführt.

Doch der härteste Schlag wird unserem Volkstum unzweifelhaft durch die Unterbindung unserer kulturellen Entwicklungsfreiheit verkehrt. Die sich stets wiederholenden Angriffe auf unser Schulwesen, die dessen Vernichtung zum Ziele haben, sind eines der wirksamsten Mittel zur Entnationalisierung der Minderheiten. Verfassung und Verträge werden vergewaltigt, der Wille der Erziehungsberechtigten wird unberücksichtigt gelassen, um das Ziel zu erreichen, wie die kürzlich erfolgte Ablehnung von 9000 Anträgen für die deutsche Minderheitenschule in Oberschlesien bewiesen hat. Erst zu Beginn dieses Schuljahres wieder hatten wir in Lodz den Verlust dreier deutscher Volksschulen zu beklagen. Für die Schließung dieser Schulen wurde die vom Ministerium eingeleitete Sparsamkeitsaktion verantwortlich gemacht. Die Sparsamkeit ist eine vortreffliche Sache, die allen Leuten aufs wärmste empfohlen werden kann. Wenn sie aber dazu benutzt wird, um unter ihrem Deckmantel das deutsche Schulwesen zu zerstören, so müssen wir gegen solche Sparsamkeitsmethoden auf das schärfste protestieren. Daß die Sparsamkeit ausgerechnet beim Unterrichtsministerium einsetzt, während die Ausgaben für das Heereswesen ständig erhöht werden, ist ein besonderes Kapitel, das das Kulturniveau unseres Staates in das rechte Licht rückt.

Noch stehen wir in schwerem Ringen, um all dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, um uns inmitten dieser Angriffe zu behaupten, und schon zieht eine neue Gewitterwolke über unseren Häuptern empor. Neue Gefahr ist im Anzuge. Neben wirtschaftlicher Benachteiligung und kultureller Unterdrückung soll jetzt die politische Entrechtung uns den Garaus machen. Das Mittel, um die Minderheiten politisch zu entrichten, soll

die Aenderung der Wahlordnung bilden. Schon während des Kampfes um die Verfassungsänderung haben die Parteien der Rechten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die demokratischen Grundlagen unseres Wahlrechts zu vernichten. Ihre Absicht ist damals mißlungen. Der Ruf nach einer Revision des Wahlgesetzes ist jedoch seither nicht verstummt. In den führenden Blättern der Rechten wird immer wieder auf die Notwendigkeit der Wahlreform mit dem größten Nachdruck hingewiesen. In allen Reden und Äußerungen der Rechtspolitiker wird dasselbe mit aller Schärfe verlangt.

Eine Aenderung der Wahlordnung im Sinne der Rechten birgt für die nationalen Minderheiten Polens unermessliche Gefahren in sich. Die Wahlreform soll den Minderheiten ihre Vertretung im Parlament bedeutend erschweren, wenn nicht ganz

unmöglich machen. Dies aber bedeutet die Zerstörung des einzigen Bollwerks gegen die Angriffe auf die nationale Existenz. Durch ihre parlamentarische Vertretung haben die Minderheiten die Möglichkeit, der administrativen Willkür, den Schikanen und Benachteiligungen eine Schranke zu setzen. Sie haben die Möglichkeit ihre Rechte zu verteidigen und sind berechtigt, ihre Forderungen an maßgebender Stelle zum Ausdruck zu bringen. Dies alles würde wegfallen, wenn es der Reaktion gelingen sollte, die Wahlordnung in ihrem Sinne zu ändern.

Die neue Sejmession, die in den nächsten Tagen eröffnet wird, wird uns den Kampf um die Wahlordnung in aller Schärfe bringen. Unsere Aufgabe wird es sein, den Plänen der Rechten äußersten Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Kampf darf nicht nur von den Abgeordneten geführt werden, sondern das ganze Volk muß sich geschlossen hinter seine Vertreter stellen, denn es gilt, die politische Entrechtung zu verhindern. Die drohende Gefahr muß uns abwehrbereit finden.

Quo vadis, Pilsudski?

Von Dipl. Ing. E. Zerbe, Mitglied des Sejm.

Fünf Monate sind bereits seit dem Maiumsturz verfloßen, der laut Absicht der Urheber eine neue Aera voll von herrlichen Perspektiven für die politische und wirtschaftliche Entwicklung Polens einleiten sollte. Das Wirken der neuen Machthaber in dieser Zeit gibt auch den weniger politisch reifen Beobachtern die Möglichkeit, eine Bilanz zu ziehen.

Die Bilanz fällt, um es vorweg zu nehmen, wenig erfreulich aus. Die großen Erwartungen, die in vielen Kreisen der Bevölkerung in Pilsudski und seine Regierungen gesetzt wurden, sind nicht erfüllt worden. Wenn das Regierungsteuer einigermaßen erfolgreich geführt wurde, so verdient dies doch nicht als bedeutender Aktivposten gebucht zu werden. Eine jede andere, gerade nicht völlig bornierte Regierung hätte bei gleichen glücklichen Umständen plus-minus daselbe auch vollbracht. Von den Regierungen Pilsudskis, die für sich das alleinige Recht in Anspruch nahmen und weiterhin noch nehmen, die einzige für den polnischen Staat mögliche und dabei glückbringende Regierung zu sein, hätte man mehr erwarten dürfen.

Eine neue Aera sollte durch den Maiumsturz beginnen. Jetzt, wo schon ein Rückblick möglich ist, taucht unwillkürlich die Frage auf: Was ist besser geworden? Wenig, zu wenig ist besser geworden. Die schaffende Bevölkerung hat keine Erleichterung in ihrem schweren Arbeitslos gefunden. Hunderttausende Erwerbslose suchen Arbeitsmöglichkeit. Diejenigen, die Beschäftigung haben, sind keineswegs der Gefahr der Erwerbslosigkeit entronnen. Sie können von heute zu morgen arbeitslos werden. Drückt die Teuerung die breiten Volksschichten nicht stärker als je? Die Verdienstmöglichkeit breiter Kreise ist geringer geworden. Wo blieb die Bodenreform, um den Landhunger Hunderttausender zu stillen? Und die Bauertätigkeit zur Linderung der Wohnungsnot? Hat die Regierung, die doch mit allem Nachdruck für die Rechte der Staatsbürger einzutreten versprach, den nationalen Minderheiten ihre verbrieften Rechte gegeben oder die Einhaltung der sozialen Gesetze durch die Unternehmer erzwungen? Wird doch wie früher der wirtschaftlich schwächer gestellte Bürger stärker zu den Steuerlasten herangezogen, als der wirtschaftlich starke. Wird doch immer noch über das Maß unserer Verhältnisse gelebt, trotzdem die Regierung ständig das Wort Sparsamkeit in den Staatsausgaben im Munde führt. Die Ausgaben für den Militarismus sollen wieder die Summe von über 600 Millionen Zloty, ungefähr 40 Prozent der jährlichen Ausgaben, betragen. Demgegenüber sind für die produktive Staatswirtschaft geradezu lächerlich kleine Beträge in den Voranschlag des Budgets eingeseht worden.

Die heute regierenden Kreise haben bisher nichts getan, was man als Anzeichen eines gründlichen Systemwechsels in politischer und wirtschaftlicher Beziehung hätte ansehen können. Dieselben politisch-sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die vor dem Maiumsturz bestanden, bestehen auch heute noch. Pilsudski und seine Anhängerschaft rissen seinerzeit das Recht des gewaltsamen Umsturzes an sich, um diese Probleme zu lösen. Bartel

erklärte als Premier, daß regieren für ihn gleichbedeutend mit realisieren sei. Die bisherigen Taten der Pilsudski-Regierungen strafen dieser Ministerdeklaration Lügen. Die Realisierung der Versprechungen erfolgte bisher nicht. Die Regierung Bartels sowie die gegenwärtige Pilsudskis haben keinen ausgearbeiteten Plan grundlegender Reformen, viel weniger ein Programm. Zu den Staatsproblemen nahmen sie nur Stellung, wie es bisher eine jede Regierung in mehr oder weniger ausreichiger Weise getan hat. An viele und ausgerechnet an die brennendsten Probleme, deren Lösung Lebensbedingung des Staates ist, ist die Regierung noch gar nicht herantreten. Sie hat ihnen gegenüber eine Gleichgültigkeit an den Tag gelegt, die, wenn man die großen Versprechungen in Betracht zieht, kaum von einer anderen Regierung übertroffen werden kann. Die Regierung Pilsudskis geht diesen Staatsproblemen, so wie wir es bei den früheren Regierungen gewohnt waren, gesfentlich aus dem Wege. Vielleicht, weil die Lösung einschneidende Behandlung erfordert.

Die Regierung Pilsudskis muß aber, wie eine jede Regierung, etwas tun, was ihr die Existenzberechtigung sichert. Deshalb sind auch die meisten Maßnahmen der Regierung auf Propaganda für sich eingestellt. Mit recht billigen, marktschreierischen Mitteln versucht sie den Bürgern ihr segensreiches Wirken vor Augen zu führen. Der Kampf gegen die Teuerung soll mit administrativem Vorgehen geführt werden, statt volkswirtschaftlich verbilligend auf Produktion und Handel einzuwirken. Der Wohnungswucher soll bestraft werden, statt den Mangel an Wohnungen durch weitzügige Aufnahme der Bauertätigkeit, die zugleich dem Arbeitsmarkt zugute kommen würde, zu beseitigen. Das Vertrauen der Bevölkerung zu den Behörden soll durch „obligatorische“ Empfangsstunden der Starosten gefördert werden, als wenn dadurch der bürokratische oder reaktionäre Geist derselben ausgeschaltet werden würde.

Die jetzige Regierung Pilsudskis kann in Anbetracht der politisch-wirtschaftlich grundverschiedenen Einstellung der Minister kein tragfähiges, dauerndes Programm haben. Sibt doch im Ministerrat neben dem Sozialisten Moraczewski der Monarchist Meystowicz, neben dem sozial fortschrittlichen Arbeitsminister Jurkiewicz der ausgesprochene Vertreter der Großindustrie Handelsminister Kwiatkowski. Verteidigt doch in der Regierung Minister Niezabytowski die Großagrarien gegen die Interessen der Kleinbauern, deren Vertreter die Regierung Pilsudskis unterstüßen. Ist es doch dem Finanzminister Czeczowicz unmöglich, sich Pilsudski in dessen Verteidigung der angeblich notwendigen Militärausgaben zu widersetzen. Ganz abgesehen davon, daß ein verantwortlicher Kultusminister zur Lösung der Schul- und Madrehtenfragen fehlt, da Vizepremier Bartel nur formel dies Amt versteht.

Das Leben schreitet aber unbarmherzig weiter. Brennende Staatsprobleme fordern ihre Lösung. Das Leben wird nicht haltmachen vor „Sanierern“, die keine Gesundung der Verhältnisse herbeiführen

Polens Außenpolitik.

Von Armin Zerbe.

Die Verständigungspolitik, die mit Erfolg vom Außenminister Skrzynski eingeschlagen wurde, wurde von seinen Nachfolgern fortgesetzt. Ganz besonders aber betonte Außenminister Jaleski die Kontinuität dieser Politik. Und Polen ist dabei nicht schlecht gefahren. Der halbständige Sitz im Völkerbundsrat hat nicht nur Polens Ansehen gehoben, sondern auch Polens Einfluß in der internationalen Politik gefestigt. Neue Fäden wurden angeknüpft, neue Einstellungen gegenüber Polen tauchten auf, das nicht mehr wie früher bloß als das „enfant terrible“ im Völkerbunde angesehen wird, obwohl nicht zu verkennen ist, daß wenn die Wahl Polens in den Völkerbundsrat ohne größere Schwierigkeiten von Staaten ging, dies in erster Linie der deutschen Völkerbundsdelegation zu verdanken ist. Man hätte annehmen dürfen, daß das Entgegenkommen Deutschlands zur Gestaltung von freundschaftlicheren Beziehungen zwischen den beiden Ländern führen würde. Die Beziehungen sind jedoch weiter wenn nicht kühl, so doch stark reserviert. Polen fühlt sich nämlich durch die französische deutsche Verständigung verstimmt, zu der in Thoiry zwischen Briand und Stresemann der Grundstein gelegt wurde. Man ist in Polen der Meinung, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland nur auf Kosten Polens erfolgen könne, u. zw. durch eine Revision des Versailler Vertrages. Diese Ansicht wird durch die Tatarenmeldungen verschiedener deutscher Zeitungen verstärkt, die über starke Strömungen in der französischen Öffentlichkeit zu berichten wissen, wonach Deutschland für die finanzielle Hilfe an Frankreich nicht nur die beschleunigte Räumung der Rheinlande zugesichert erhalten soll, sondern auch das Zugeständnis des Desinteresses bei der Regelung der deutsch-polnischen Grenzfrage. Der sichtbare wirtschaftliche Verfall Frankreichs sowie das mächtig aufstrebende Deutschland, das nach der Einnahme einer Stellung ringt, die ihm seiner Größe und wirtschaftlichen Bedeutung wegen im europäischen Konzert zukommt, hat bei uns in Polen Furchtgefühle erzeugt, daß der Sieger im Weltkrieg vor dem Sieger im Wirtschaftskampfe kapitulieren und den polnischen Freund auf Gnade und Ungnade Deutschland ausliefern könnte. Es ist nicht zu verkennen, daß in Deutschland tatsächlich Tendenzen vorherrschen, die eine Revision des Grenzproblems fordern, doch ist die polnische Furcht stark übertrieben, zumindestens aber verfrüht. Noch ist das Mißtrauen zu groß, das die Unterzeichner des Versailler Vertrages gegen einander hegen, um die Auflösung des Grenzfragenproblems, bzw. die Frage des unbefristeten Selbstbestimmungsrechts der Völker zuzulassen. Statt jedoch die gegenwärtige politische Konstellation auszunutzen, und durch größeres Entgegenkommen die Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Polen aus dem Wege zu räumen, wird vom polnischen Außenministerium, das von imperialistisch-hauvinistischen Kreisen unterstützt wird, eine Politik betrieben, die gerade auf das Gegenteil hinausläuft. Wenn Deutschland bei den Wirtschaftsverhandlungen, die nun schon zwei Jahre dauern, die Niederlassungsfreiheit für deutsche Bürger fordert, so ist das ein Recht, das Polen keinem anderen Staate von der wirtschaftlich-politischen Bedeutung Deutschlands verweigern würde. Deutschland aber glaubt man dies tun zu dürfen. Man faselt dabei, daß das Niederlassungsrecht die Tore angelweit aufmachen, die deutsche Gefahr, den Drang nach Osten akut machen würde. Wie glauben nicht, daß Außenminister Jaleski ebenso über eine deutsch-polnische Verständigung denkt, doch ist sein Einfluß zu gering, um seiner persönlichen Meinung Geltung zu verschaffen. Ähnlich steht es mit der Liquidationsfrage, mit dem Streit um Chorzow und anderen Gegenständen, die beseitigt werden müssen, um den ständigen Beteuerungen des Außenministers, daß Polen eine Verständigung anstrebt und vom aufrichtigen Friedenswillen beseelt ist, in der Welt Glauben zu verschaffen.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist zu hoffen, daß in der polnischen Außenpolitik gegenüber Deutschland eine Neuorientierung erfolgen wird, um so mehr, da Pilsudski bestrebt ist, den Einfluß der Nationaldemokraten zu beseitigen. So nachteilig das Faktieren Pilsudskis mit den konservativen Großagrariern für die innere Entwicklung des Landes ist, so ist nicht zu verkennen, daß die Heranziehung der Magnaten zur Regierungsarbeit von großer Bedeutung für die polnische Außenpolitik ist. Der Großgrundbesitz hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß eine Verständigung mit Deutschland im Interesse der polnischen Wirtschaft liegt. Von diesen Kreisen wird daher Fürst Janusz Radziwill für den Gesandtenposten in Berlin forciert. Fürst Radziwill, der bereits Mitglied des Regentenschaftsrates während der deutschen Okkupation war, gilt als warmer Anhänger einer Verständigungspolitik mit Deutschland.

Die polnisch-russischen Beziehungen haben durch den russisch-litauischen Nichtangriffspakt eine ernste Prüfung erfahren. Kurz vor der letzten Völkerbunds-session hat Volkskommissar Tschitscherin einen außerordentlich klugen politischen Schachzug getan, indem er Polen einen Garantiepakt anbot. Polen antwortete nicht gleich darauf. Und als Jaleski aus Genf zurückkehrte, war der russisch-litauische Vertrag bereits perfekt. Für den beschleunigten Abschluß des Vertrags müssen wichtige Gründe vorgelegen haben. Maßgebend für Litauen mögen der Regierungswechsel in Litauen ge-

ein, wo nach der Herrschaft der Klerikalen die Sozialisten zum Einfluß gelangten, sowie die Sicherung vor Polen, in dem nach dem Maiumsturz Pilsudski an das Ruder kam, mit dessen Einwilligung General Zeligowski seinerzeit den Handstreich gegen Wilna ausführte. Für die russische Diplomatie mag die Wiedererneuerung des polnisch-rumänischen Freundschaftsvertrages vom Juli 1921, der bekanntlich mit der bessarabischen Frage eng verknüpft ist, maßgebend dafür gewesen sein, die jahrelangen Verhandlungen mit Litauen zu beschleunigen, um auf diese Weise ein Gegengewicht gegen Polen-Rumänien zu schaffen. Im Vertrage selbst wird die Wilnafrage nicht berührt, wohl aber in der Zusatznote von Tschitscherin. Die Erwähnung der Wilnafrage, bzw. die Nichtanerkennung der Regelung zugunsten Polens durch den Botschafterrat, hat der imperialistischen polnischen Presse erneut Stoff zu Angriffen gegen Litauen und die Sowjetunion gegeben. Die Klagen, wenn auch stark zurückhaltend, Worte des Außenministers auf der letzten Pressekonferenz haben auf die Nervosität der letzten Tage entspannend gewirkt. Und doch fragt es sich, ob die Absendung der polnischen Note an die Sowjetunion überhaupt nötig war. Die Note, die kein Protest ist, sondern nur ein Hinweis, daß der Absatz über die Wilnafrage gegen den Rigaer Vertrag verstoße, wird der Sowjetdiplomatie hinreichend Gelegenheit zu geschickten Gegencoups geben. Schon allein durch den russisch-polnischen Notenwechsel gewinnt die Wilnafrage eine Bedeutung, die den Westmächten, die hinter der Botschafterratsentscheidung stehen, nicht gerade lieb sein wird.

Das Minderheitenproblem in Polen.

Von Kurt Großmann, Berlin.

In dem Kampfe um die Verteidigung der Menschenrechte ist die Lösung des Minderheitenproblems unzweifelhaft eine der wichtigsten Aufgaben. Das Recht auf Eigenart einer jeden Individualität, das Recht auf kulturelle Selbständigkeit einer bestimmten Gruppe von Nationalitäten ist eines der Fundamente, die in der Französischen Revolution das erstmalig gelehrt worden sind.

In der letzten Zeit hat die Frage der Minderheiten, von denen es 30 000 000 in Europa gibt, die Gemüter mehr als je erregt. Es muß daher von deutscher Seite außerordentlich begrüßt werden, wenn der polnische Sozialist Holowko in der „Ere nouvelle“ (Paris) zu der Minderheitenfrage seines Landes Stellung nimmt und die Brücke schlägt, diesen schwierigen Fragenkomplex von dem Standpunkt internationalen Denkens, internationaler Rechtsauffassung zu lösen. Eine solche mutige Versöhnungstat muß allem nationalen Egoismus gegenüber hervorgehoben werden. Leider beschäftigt sich dieser Artikel nur im geringeren Maße mit der brennenden Frage der deutschen Minderheiten in Polen, woraus man die sog. „Korridorfrage“ abzuleiten gesucht hat. Unser Freund Holowko führt zur Frage der deutschen Minderheiten aus:

„Die Frage der deutschen Minderheiten ist nicht schwerer zu lösen als die Frage der jüdischen Minderheiten. Zunächst: Es gibt eine Million Deutsche in Polen, aber mehr als 2 Millionen Polen in Deutschland. Im gegenseitigen Interesse beider Länder muß man zu einem Modus vivendi kommen, der sich auf gegenseitige Konzessionen gründet. Das scheint mir wenigstens kein unlösbares Problem. Die beiden Minderheiten: Polen in Deutschland und Deutsche in Polen stellen heute schon ein Verbindungselement dar, von dem man viel hoffen kann.“ Soweit Holowko.

Die Schätzungen über die deutschen Minderheiten gehen aber sehr auseinander. Die statistische Erfassung beruht lediglich auf Schätzungen. Nach Angaben des polnischen Abgeordneten Lypaczewicz gibt es 1 400 000 Polen in Deutschland und zuka 800 000 bis 900 000 Deutsche in Polen. Von den 1 400 000 in Deutschland lebenden Polen sollen im Grenzgebiet etwa 800 000 wohnen. In Deutsch-Oberschlesien leben zuka 550 000 Polen, in den Grenzmarken Posen und Westpreußen etwa 50 000, im übrigen Deutschland nahezu 550 000. Von den 8—900 000 Deutschen leben nach einer Schätzung in den ehemals preussischen Gebieten ungefähr 600 000, d. h. 15% der Gesamtbevölkerung dieses Gebiets. Ich stimme aber sonst mit der Anschauung Holowkos überein, daß beide Minderheiten ein Verbindungselement der beiden Völker darstellen sollen. Sie haben die Aufgabe, die Barrikaden nationaler Vorurteile wegzuräumen, die täglich von den internationalen Berufskriegshetzern erneut aufgerichtet werden.

Zu den Klagen, die von der deutschen Minderheit in Polen oft genug laut werden und die bekanntlich auch der deutsche Abgeordnete Kronig im polnischen Sejm zusammensetzte, kann man sich allerdings nicht damit abfinden, diese Beschuldigungen reultierten nur daraus, daß die Deutschen früher genossene Vorrechte nur langsam vergessen können. Dieser Standpunkt ist unhaltbar. Ich bin weit davon entfernt, die Klagen der deutschen Öffentlichkeit anlässlich der Optatenausscheidung aus Polen formalrechtlich anzuerkennen, bin vielmehr der Ansicht, daß Uebergriffe nicht abwend-

Die polnische Außenpolitik ist leider der russischen nicht gewachsen. Durch den litauisch-russischen Vertrag ist die Einheit der Ostseestaaten zerfallen worden. Die Sowjetunion führt bereits Verhandlungen mit Reval und Riga. Der Abschluß der beiden Garantiepakete steht unmittelbar bevor. Nach diesen Verhandlungen sollen Verhandlungen mit Finnland und Schweden folgen. Polen kann diesen Erfolgen der russischen Diplomatie nichts entgegenstellen: der baltische Block unter Führung von Polen und unter der Regide Englands ist schmächtig zusammengebrochen und die Konferenz der Baltikstaaten kam nicht zustande. Polen steht im Osten isolierter denn je da. Auf Polens Seite steht nur Rumänien, während die andere Mächtegruppe, die Sowjetunion und Litauen sowie die durch Garantiepakete an Rußland noch zu fesselnden Lettland, Estland und eventuell Finnland umschließt.

Was die Anbahnung von freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Rußland anbelangt, so ist kaum anzunehmen, daß man über die Vorbesprechungen betreffs des von Moskau angebotenen Garantiepakts hinauskommen wird, denn die Atmosphäre des gegenseitigen Mißtrauens ist noch lange nicht entgiftet. Und trotzdem ist eine Verständigung mit Rußland Lebensnotwendigkeit für Polen. Die polnische Außenpolitik trifft die Schuld, vieles versäumt zu haben, was einer Annäherung dieser beiden Länder gedient hätte. Rußland hat wiederholt die Hand entgegengestreckt, wenn auch nicht immer in ehelicher Absicht, doch wurde die Hand immer wieder zurückgewiesen. Wie sich die gegenseitigen Beziehungen weiter entwickeln werden, läßt sich kaum voraussehen, denn für Rußland gilt Pilsudski noch immer als der Verkörperer des Sozialisten-Imperialismus, der gemeinsam mit dem polnischen Nationalismus den Kampf gegen das alte und jetzt gegen das neue Rußland führt.

bar sind, wie sie immer vorkommen, wenn durch irgendeine festgelegte Abmachung größere Massen in Bewegung gesetzt werden. Ich bin weit davon entfernt, nur mit einem Wort die niedrige und demagogische Art und Weise gutzuhetzen, in welcher man die Anstiedlerfrage in Polen behandelte. Ich weiß sehr wohl, daß das damalige polnische Agrargesetz ein allgemein gültiges war, welches sich in keiner Weise gegen irgendeinen Teil der polnischen Staatsbürger richten sollte. In weiß und anerkenne auch die Klagen der polnischen Minderheiten, die sie Gelegenheit hatten, vor nicht allzu langer Zeit in Danzig vorzubringen, wo es sich, fast wie überall, in der Hauptsache um Schulfragen handelte. Es darf aber um der Gerechtigkeit und der Wahrheit willen, der wir zu dienen haben, nicht geleugnet werden, daß die deutschen Minderheiten und wahrscheinlich auch die anderen Minderheiten durch das augenblickliche Vorgehen in Polen nach dem Maiumsturz stark enttäuscht sein mußten. Die Verfassung Polens ist demokratisch. Trotzdem spricht sie in ihrer Einleitung nicht von den Völkern Polens, wovon 30 Prozent Nichtpolen sind, sondern nur von dem polnischen Volke. Die persönliche Freiheit des Staatsbürgers wird entgegen den klaren Bestimmungen der Verfassung of, genug mit Füßen getreten. Das gleiche gilt von Artikel 102, der besagt, daß jeder polnische Staatsbürger das Recht auf Fürsorge von Seiten des Staates habe, daß er durch soziale Versicherung vor Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und Arbeitsunfähigkeit geschützt sei. In der Tat aber liegen wegen Nichtausführung, Nichtbefolgung dieser sehr klaren Gesetzesbestimmungen eine große Anzahl von Klagen vor. Auch die Realisierung des Artikels 109, nach der jedem Bürger das Recht der Erhaltung seines Volkstums, der Pflege seiner Sprache und der nationalen Eigenart zugesichert wird, ist nur ein papiernes Gesetz. Auch die den Minderheiten garantierten Möglichkeiten zur kulturellen Entwicklung, in erster Linie des Schulwesens, läßt hier und da noch zu wünschen übrig.

Wenn solche Anklagen erhoben werden, so muß gesagt werden, daß wir mit derselben Leidenschaft alles Unrecht geißeln müssen, welches in Deutschland an den Minderheiten getan wird. Derjenige, der auch im eigenen Lande nach dem Rechten sieht und für den Schutz der Schwachen und Bedrückten eintritt, ist unseres Erachtens allein autorisiert, an den Zuständen eines anderen Landes Kritik zu üben. Das Deutsche Friedenskartell hat bereits am 19. April 1926 eine Eingabe an den Deutschen Reichstag gemacht, in welcher es ersucht, die Stellung der nationalen Minderheiten in Deutschland durch ein Gesetz zu ordnen, dessen Grundsätze etwa folgende wären: 1. Öffentlich-rechtliche Organisation der Minderheiten, 2. Kulturelle Autonomie, 3. Selbstbestimmungsrecht, 4. Freie Zugehörigkeit im Schulwesen. Das sind meines Erachtens Punkte, denen man auch in Polen folgen sollte.

Wir begrüßen es daher, daß in Warschau vor einiger Zeit ein Institut über die Minderheitenfrage gegründet worden ist, ein Institut, welches die Aufgabe hat, dieses Problem in der polnischen Öffentlichkeit zu popularisieren und, wie wir annehmen dürfen, eine Einigung herbeizuführen. Dieses Institut darf, wie wir hoffen, daher nur eine Uebergangerscheinung sein.

Alle, die an der Lösung der Frage mitarbeiten wollen, müssen sich die Hände reichen.

Die Lodzer Industrie vor und nach dem Kriege.

Von Eduard Kossel.

Am Ende des XIX. Jahrhunderts war Lodz ein kleines Städtchen, das einen landwirtschaftlichen Charakter trug. Nach der im Jahre 1793 durchgeführten Zählung waren damals in Lodz 44 Häuser mit 190 Einwohnern. Wegen der geringen Bedeutung dieses Ortes hatten die Behörden sogar die Absicht, ihn nicht mehr als Stadt gelten zu lassen. In der Tat, weder die Bevölkerung selbst noch deren Beschäftigung hatte in jenen Zeiten etwas städtähnliches. Zur Zeit des beginnenden Abstiegs der landwirtschaftlichen Epoche, im Jahre 1820, zählte Lodz 112 Häuser und 799 Einwohner.

Aber das Schicksal lächelt dem armen Städtchen zu. Die Regierung des Kongreß-Königreichs wollte die Idee der Industrialisierung des Reiches verwirklichen und bestimmte eine Reihe Distrikte für Fabrikzentren, unter denen sich auch Lodz befand. Im Jahre 1821 wurde die Regulierung der Stadt vorgenommen, und im Jahre 1823 erschienen die ersten Tuchmachereierwerkstätten. Die ersten Lodzer Fabrikanten wanderten aus Grünberg (Schlesien) ein. Nach ihnen kamen andere. Die Fabriken wuchsen eine nach der anderen.

Von da ab begann „das Märchen des XX. Jahrhunderts“. Die Bevölkerung von Lodz wuchs bis 1837 auf 10 000 an, im Jahre 1878 betrug sie schon 100 000 und kurz vor dem Weltkriege über eine halbe Million. In diesem bescheidenen Städtchen sind durch den Zutrang von Menschen verschiedener Herkunft, verschiedener Konfessionen, verschiedenen Standes von Jahr zu Jahr größere Reichtümer geschaffen worden. Der Wert der Textilproduktion von Lodz betrug im Jahre 1840 etwa 1 Million Rubel, im Jahre 1878 — 17 Millionen, im Jahre 1898 — 57 Millionen und im Jahre 1911 — 196 Millionen.

Die letzten Jahre vor dem Kriege waren die Zeit der höchsten wirtschaftlichen Blüte unserer Stadt. Die statistischen Daten des Jahres 1911 weisen nach, daß in der Textilindustrie von Lodz 86 442 Arbeiter in 591 Unternehmen beschäftigt waren, in denen sich etwa ein und eine halbe Million Spindel und 41 000 Webstühle befanden. Die Energie, Arbeitsamkeit und Fähigkeiten der Lodzer vereinigten sich hier und schufen eine herrliche, riesige Werkstätte für produktive Arbeit.

Von dieser Seite die Entwicklung von Lodz betrachtend, sehen wir Sachen, die fähig sind, eine redliche Begeisterung zu erwecken, die übrigens vollständig gerechtfertigt ist. Aber das ist nur die eine Seite. Die andere Seite ist die Lage der arbeitenden Klasse, der Klasse, die ihre Gesundheit und ihre Fähigkeiten in den Dienst der Industrie gestellt hat, die buchstäblich mit eigenen Händen diese großen Reichtümer geschaffen hat, durch die Lodz berühmt wurde. Ihre Lage war nicht beneidenswert. Sie teilte das Los des ganzen neuzeitlichen Proletariats, das zu einer schweren Lebenssituation und Unsicherheit der Existenz verurteilt ist. Nur einzelnen ist es kaum gelungen, sich eine gewisse materielle Unabhängigkeit zu sichern, jedoch die graue und große, nach Zehntausenden zählende Arbeitermasse befand sich in jenen, wie man oft zu sagen pflegt, „herrlichen Zeiten“ in schrecklichen Verhältnissen.

In der Kriegszeit erstarrte die Industrie. Gleichzeitig beobachtete man eine Entvölkerung von Lodz. Die Einwohnerzahl, die bis dahin über eine halbe Million betrug, fiel im Jahre 1915 auf 341 tausend. Die Ursachen der Entvölkerung sind die verschiedensten: Mobilisation (es wurden etwa 15 tausend Reservisten eingezogen), Auswanderung der brotlos gewordenen Arbeiterschaft, um Verdienstmöglichkeiten zu suchen (hauptsächlich in die Dörfer), die erhöhte Sterblichkeit infolge schlechter Ernährung und Krankheitsepidemien.

Als aber der blutige Krieg ein Ende nahm, setzte der Industriebetrieb ein. Die Schwierigkeiten bei der Inbetriebsetzung der Fabriken waren groß. Es fehlten Kapitalien, Rohstoffe, Transmissionsriemen und andere unentbehrliche Utensilien. Dank der Hilfe seitens der Regierung, bestehend in großen Krediten, die der Industrie gewährt wurden, gelang es den stillstehenden Apparat in Gang zu bringen. Wie groß die Hilfe der Regierung war, kann man daraus schließen, daß am 31. Dezember 1920 die Summe der von der Polnischen Darlehnskasse an Privatunternehmen gewährten Kredite 146 Millionen Mark betrug, während die Kredite an die Stadtverwaltungen nur 3 und eine halbe Million Mark betragen (die Zahlen betreffen das ganze Reich). Die Inflation und die daraus resultierende Exportprämie waren der Entwicklung der Industrie günstig. Im Jahre 1923 war der Umfang der Baumwollindustrie in Lodz größer als vor dem Kriege. Aber schon im Jahre 1923 trat die Industrie in das Stadium der Stagnation ein, die immer tiefer eingreift, und als Resultat eine große Arbeitslosigkeit hervorbringt. Das sind die Opfer der Reduktionen, die vom Mai 1924 ab in großer Zahl vorgenommen wurden.

Die folgenden Zahlen der beschäftigten Arbeiter geben ein Bild des Umfangs der Reduktion:

	1923	1. Jan. die Arbeit	Maximum 1926	verloren
Verband d. Textilindustrie Polens	59 691	38 317	21 374	
Widzewer Manufaktur	9 692	1 882	7 810	
Landesverband d. Textilindustrie	21 941	5 552	16 389	
Appretur- und Färberverband	5 000	1 876	3 124	
Verband der Lohnfäbereien	978	250	728	
zusammen	97 302	47 877	49 425	

Somit befand sich während der letzten Krisis die Hälfte der Textilarbeiter auf dem Pflaster. Ein gewisser Teil ist ausgewandert, viele Opfer hat der Tod gefordert. Die endgültige Zahl der Arbeitslosen in Lodz betrug am 1. Januar 1926 etwa 43 tausend. Anfang März d. J. betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen die Maximalhöhe von 47 tausend, die dank der Belebung in der Industrie schrittweise abnimmt. Die Anzahl der Unterstützung empfangenden Arbeitslosen betrug in Lodz im August d. J. 35 tausend. Für die Arbeiterklasse bedeutet das eine große

Einladung zum Abonnement auf die Lodzer Volkszeitung

CHXV

Mit dem heutigen Tage tritt die „Lodzer Volkszeitung“ in das vierte Jahr ihres Bestehens.

In dieser Zeit des Kampfes um die Gesundung der Volkswirtschaft darf das werktätige Volk Polens nicht ohne Interessenvertreterin bleiben, ohne Informationen.

Der Werktätige muß in dieser schwersten Zeit die Wahrheit kennen, muß einen treuen Freund zur Seite haben.

Wir vertrauen auch weiterhin auf unsere Freunde. Schon oft wandten wir uns an dieselben, ihre geistige Waffe zu erhalten. Noch nie ist unsere Bitte ohne Erfolg geblieben. Heute wiederholen wir sie und sind fest davon überzeugt, daß die klare Sprache unseres Blattes jeden Werktätigen, jeden Volksgenossen, veranlassen wird, keine Mühe zu scheuen, der „Lodzer Volkszeitung“ neue Freunde zuzuführen.

Wir wollen die „Lodzer Volkszeitung“ noch weiter ausbauen, als bisher. Unser Blatt hat sich im In- und Auslande die Sympathien führender Männer des werktätigen Volkes erworben. Und so ist uns die Mitarbeit hervorragender Politiker des Auslandes gesichert. Unsere Korrespondenten in Warschau, Wien, Berlin und anderen Großstädten setzen uns in die Lage, die bestinformierte deutsche Tageszeitung Polens zu sein. Auch in Lodz und im Lande haben wir uns die Mitarbeit hervorragender Kräfte gesichert, so daß wir in jeder Beziehung konkurrenzlos dastehen werden.

Unsere

illustrierten Beilagen

tragen gleichfalls viel zur schönen Ausgestaltung unseres Blattes bei und sind die Sonntagsfreude unserer Freunde.

Jeder Leser unserer Zeitung soll für sich das finden, was er sucht, damit die

„Lodzer Volkszeitung“

der treue Freund und Berater unserer Volksgenossen wird.

Das Abonnement kostet:

monatlich 3 Loty 4.20

wöchentlich „ 1.05

Einzelnummer 20 Gr.

Die „Lodzer Volkszeitung“ ist also das billigste deutsche Blatt hierorts.

Wir laden alle Volksgenossen, die noch nicht unsere Leser sind, auf ein Abonnement ein und bitten, durch weitere Verbreitung die Existenz des einzigen Blattes der Werktätigen sicherzustellen.

„Lodzer Volkszeitung“

Tel. 36-90.

Lodz, Petrikauer 109.

Besserung, aber wie weit sind wir noch von den richtigen Verhältnissen entfernt, worunter nicht nur die Beschaffung von Arbeit für alle Arbeiter zu verstehen ist, sondern auch die Schaffung von normalen Lebensbedingungen. Das soziale Problem spitzt sich unerhört scharf zu. Man muß sich darüber Rechenschaft geben, daß der wirtschaftliche Erfolg, um dauernd zu sein, mit dem sozialen Erfolg in gleichem Schritt gehen muß. Wer den sozialen Fortschritt hemmt, der treibt auch den wirtschaftlichen Aufschwung der Vernichtung entgegen. Das müßten sich alle diejenigen einprägen, denen die wirtschaftliche Entwicklung am Herzen liegt.

Wir und die städtischen Selbstverwaltungen.

Von L. Kulz, Stadtverordneten.

Seit der Gründung der Deutschen Arbeitspartei Polens, heute Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens, haben die deutschen Werktätigen auf dem Gebiete Kongreßpolens für sich bedeutende Einflüsse in den städtischen Selbstverwaltungen erkämpft.

Eine eigene Politik führen diese Fraktionen in den einzelnen Körperschaften. Einheitlich, geordnet, nach einer Linie. Die Organisation ermöglicht es, gemeinsam an die verschiedensten Probleme heranzutreten und teils die eigene Auffassung durchzuführen, teils aber auf die Wirtschaft in diesen Körperschaften einen ganz besonderen Einfluß auszuüben.

Das werktätige deutsche Volk hat dank seiner politischen Organisation Stützpunkte erhalten. Eigene Interessenvertreter, die jedoch überall von der gesunden Auffassung ausgehen, mit den anderen sozialistischen Organisationen zusammenzuarbeiten. Denn Stadtwirtschaft ist nicht hohe Politik. Hier haben wir nur zu einem gewissen Teil für unsere kulturellen Rechte zu kämpfen, zum großen Teil aber für unsere wirtschaftliche Gleichberechtigung.

In Lodz gehen die Bemühungen der fünf Vertreter des deutschen arbeitenden Volkes in dieser Richtung. Hier kämpfen sie zusammen mit den Sozialisten anderer Nationalität für die Gleichberechtigung in jeder Beziehung. Denn die Mehrheit des Lodzer Stadtrats und Magistrats setzt sich nicht nur aus unseren nationalen Gegnern, sondern auch aus den wirtschaftlichen zusammen. Dank der Nationalen Arbeiterpartei, die mit den Feinden der Arbeiterschaft gemeinsame Sache macht, ist die „Chjena“ in der Lage, ihre Klassenpolitik im Lodzer Stadtrat zu treiben, während die natürlichen Verbündeten der N. P. A., die Arbeitervertreter, sie und ihre Verbündeten scharf bekämpfen und verurteilen müssen. In Lodz müssen wir, die Vertreter des Volkes, welche die Mit- und Zusammenarbeit auf allen Gebieten erstreben, die Opposition bilden, der feindlichen Einstellung der nationalistischen Mehrheit uns gegenüber wegen.

Anders arbeiten unsere Vertreter in anderen Städten. In Konstantynow bilden die 7 (auf 24) deutschen Werktätigen mit den polnischen Sozialisten die Regierungspartei. Das Ergebnis dieser Arbeit ist bedeutend. Die Einwohnerschaft arbeitet mit ihren Vertretern in der Selbstverwaltung zusammen. Der Stadt wird zähe, proletarische Arbeit zugeführt und sie auf- und ausgebaut, mit neuzeitlichen Gebäuden und Einrichtungen versehen, entsprechend den finanziellen Möglichkeiten.

Ähnlich ist die Arbeit in Alexandrow. Hier bilden deutsche und polnische Sozialisten zusammen mit deutschen und jüdischen Minderheitsvertretern die Kommunalbehörde. Auch hier wird positive Arbeit geleistet, die bei der Einwohnerschaft Anerkennung findet.

In Pabianice besitzen die deutschen Werktätigen nur drei Vertreter (auf 31). Trotzdem aber arbeiten sie aktiv mit, schicken ihren Vertreter in den Magistrat, der zusammen mit den polnischen Werktätigen den Magistrat bildet. Auch in dieser Stadt, der zweitgrößten im Lodzer Industrieregion, kann der Magistrat auf bedeutendere Erfolge zurückblicken.

Zgierz besitzt seine Stadtverwaltung noch aus dem Jahre 1919. Vor zwei Jahren wurde sie durch notwendig gewordene Ersatzwahlen ergänzt, an denen die D. S. A. P. der geringen Zahl der zu verteilenden Mandate wegen (7) nicht teilnahm. Die deutschen Werktätigen sind aber auch hier nicht ohne Vertretung, da ihr Abgesandter an den Fraktionsitzungen der polnischen Sozialisten teilnimmt und diese dadurch indirekt die Fürsprecher der Interessen des deutschen werktätigen Volkes sind. Die Vertreter der anderen Deutschen spielen im Stadtrat keine Rolle.

Tomaszow hat gleichfalls deutsche werktätige Vertreter im Stadtrat, hier wiederum in der Opposition, da die Zusammensetzung der Mehrheit die denkbar ungünstigste und arbeitsunfähigste ist. Trotzdem wurde unseren Vertretern die Mitarbeit im Magistrat angeboten, als einem gewissenhaften und arbeitsfähigen Element.

Auch in Ozorkow und in Zdunska-Wola besitzen wir direkte und indirekte Einflüsse.

In allernächster Zeit werden wir wieder vor Neuwahlen stehen. Wahlen, die höchstwahrscheinlich in allen Städten Polens gleichzeitig vorgenommen werden. Die mehrjährige Tätigkeit der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder der D. S. A. P. hat das deutsche werktätige Volk davon überzeugt, von welcher großer Bedeutung die eigene Vertretung in den Selbstverwaltungen ist. Heute versteht es jeder Wähler, daß er in diesen Körperschaften die eigenen Interessenvertreter benötigt.

Wir betrachten es als unsere Aufgabe, in dieser Nummer, die wahrscheinlich nicht wie die gewöhnliche Zeitung nach dem Durchlesen der alltäglichen Bestimmung übergeben, sondern aufbewahrt wird, schon heute auf die bevorstehenden Wahlen aufmerksam zu machen, damit schon jetzt Gedanken entstehen, wem der Wähler die Stimme zu schenken gewillt ist.

Die Wichtigkeit der Sache ist klar. Der Zeitpunkt der Wahlen rückt heran. Das deutsche werktätige Volk muß überall, wo es wohnt, seine starke und arbeitsfähige Vertretung besitzen.

Die P. P. S. und Pilsudski.

Ein äußerst scharfer Artikel des Abg. Niedzialkowski gegen die Beteiligung des Marschall Pilsudski an dem Kongress der Konservativen.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Aus den Sejmkreisen des Klubs der P. P. S. und der allerhöchsten Parteibehörde dringt die immer stärker werdende Unzufriedenheit über die heute schon berühmt gewordene Visite des Marschalls Pilsudski in Nieswiez. Eine ganze Reihe hervorragender sozialistischer Abgeordneter, mit denen unser Korrespondent zu sprechen die Gelegenheit hatte, erklären, daß in der P. P. S. mit jedem Tage die Tendenz stärker wird, das Verhältnis der Partei zur Regierung Pilsudski und zu seiner Person zu revidieren.

Diesen Bestrebungen wird ein Artikel gewidmet, der programmatischer Natur ist und im heutigen „Robotnik“ erscheint. Es ist bezeichnend, daß der Autor des Artikels der Abg. Niedzialkowski ist, den man als den Vertreter der Gruppe ansieht, deren Orientierung in der Linie der Rechtsgruppe der Partei geht.

Der Artikel fordert, daß die Regierung im Sejm oder an einer anderen Stelle eine Erklärung abgibt, die die öffentliche Meinung, besonders aber die Arbeiterklasse und die Linksgruppierungen über den Zweck der Visite Pilsudskis auf dem Kongress der konservativen Elemente im Staat informiert.

Niedzialkowski wird an den Toast Pilsudskis anknüpfen, der mit den Worten endigte: „Ich wünsche dem Geschlecht Radziwills eine lange Dauer.“

Der Autor stellt fest, daß man diesen Toast nicht anders verstehen könne, als nur, daß die Radziwills und andere Großagrarien ihre Güter weiter besitzen sollen, während die weißrussischen und ukrainischen Bauernmassen die Rolle des halbprekarierten Volkes spielen sollen.

Niedzialkowski berührt auch die Frage der Bodeureform im Verhältnis zu den Weißrussen und Ukrainern.

Wir wurden schon gestern darauf aufmerksam gemacht, daß der Ton des Artikels äußerst scharf, und die Einleitung zu der Interpellation sein wird, die die P. P. S. in dieser Frage unterbreitet.

Durchberatung der Dekrete des Staatspräsidenten.

Vom kommenden Sonnabend ab wird die Rechtskommission des Sejm eine Reihe von Sitzungen abhalten, die der Begutachtung der vom Staatspräsidenten herausgegebenen Dekrete gewidmet sein werden.

Die Endecja

fordert eine Untersuchungskommission.

Am Sonnabend wird der nationale Volksverband dem Sejm einen Antrag auf Verfassung einer Kommission zur Untersuchung des Ueberfalls auf den Abgeordneten Jdzichowski unterbreiten.

Wirtschaftsberatungen.

Im Finanzministerium fand gestern eine längere Konferenz statt, in der über die Ratschläge des Prof.

Die Diebereien in der Kriegsmarine.

In der gestrigen Sitzung führte der Zeuge Koszowski, Vizepräsident der Warschau-Danziger Bank vor dem Gericht Klage, daß die Zeitungen darüber schreiben, er würde in Untersuchungshaft stehen. Er bittet den Gerichtshof, ihn in Schutz zu nehmen.

Der Vorsitzende: „Was die Zeitungen schreiben, geht mich zwar nichts an. Ich kann ihnen aber versichern, daß, wenn sie bisher in den Anklagezustand noch nicht versetzt wurden, dies sofort geschehen wird, entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts.“

Nach diesem Zwischenfall wird die Zeugenbernehmung fortgesetzt.

Zeuge Natalie Goldstein wies nach, daß Vizepräsident Koszowski sich große Unregelmäßigkeiten zurechnen lassen mußte.

Stefan Rysli, Besitzer des Dampfers „Polonia“ beweist, daß Bartoszewicz von den polnischen Reemigranten Extrabehaltungen forderte, obwohl diese in den fürchterlichsten Bedingungen reisen mußten. Aufmerksam machte ihn darauf ein Türke, Chry Bei, der Gehilfe des Schiffskapitäns, der für die Polen also ein größeres Mitleid hatte, als der Pole Bartoszewicz selbst.

Kemmerer beraten wurde. Das Ergebnis der Beratungen ist der demnächst einzuberufende Finanzrat beim Finanzministerium als Organ zur Prüfung der Kemmerschen Ratschläge. Zu dem Rat sollen unter anderen alle frühere Finanzminister gehören.

Die Belieferung von Lodz mit Kohle.

Das Präsidium des Ministerrats erhielt gestern allarmierende Nachrichten über die Nichtbelieferung der Stadt Lodz mit Kohle, wodurch Arbeitsstilllegungen erfolgen können. Das Präsidium des Ministerrats teilt im Zusammenhange damit mit, daß es strenge Anweisungen erteilt, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Größere Steuerfreiheit für die Selbstverwaltungen.

Bis jetzt verpflichteten Anordnungen der Aufsichtsbehörden, wonach die städtischen Selbstverwaltungen die Selbstverwaltungssteuern nur in der Höhe des Budgets für 1925 bemessen dürften. Der Voranschlag für 1927 ändert diese Bestimmungen jedoch ab. Es heißt darin, daß die Selbstverwaltungen die Freiheit wiedererlangen, doch müssen sie sich bei der Bemessung der Steuer an die Steuerfähigkeit der Einwohner halten.

Dieser Begriff ist sehr dehnbar. Die Interpretation desselben wird höchstwahrscheinlich ganz verschiedenartig sein.

Mieterschutz.

Der Regierung wird demnächst das angekündigte Dekret über die Bekämpfung des Wohnungswuchers erlassen. Durch dasselbe sollen besonders die Untermieter in Schutz genommen werden sowie diejenigen Mieter, die durch Verschleppung der Gerichtsentscheidungen Verluste erleiden. Deswegen soll auch das Gesetz die Bestimmung enthalten, daß die Entscheidung dieser Streitfälle den Administrationsbehörden übertragen werde.

Eine Warnung an Pilsudski?

Sensationelle Entwicklung des Wilna-Problems

Der Londoner Pressesunk verbreitete die nicht dementierte Meldung: Die „Chicago Tribune“ hat von einem bemerkenswerten internationalen Konflikt erfahren, der bisher durch die gemeinsamen Anstrengungen der britischen und der französischen Regierung verheimlicht worden ist. Es handelt sich dabei um Polen, das durch den zwischen der Sowjetregierung und Litauen abgeschlossenen Vertrag beunruhigt ist, in welchem Rußland Litauens Anspruch auf Wilna anerkennt. Polen verlangte von der Botschafterkonferenz die erneute Bestätigung, Wilna zeitweise Polen zu überlassen. Dagegen protestierten jedoch die litauischen Gesandten in Paris und London auf das heftigste und verlangten, daß Litauens Recht auf Wilna bestätigt würde.

Briand und Chamberlain versuchten nun alles, um einen europäischen Konflikt zu vermeiden, und rieten den litauischen Bevollmächtigten, in der Sache nicht zu drängen, damit sie sich bei einer negativen Antwort für die Zukunft die Tür nicht verschließen. Um gleichzeitig die litauischen Gesandten zu besänftigen, ließen sie durch ihre Vertreter in Warschau Pilsudski eine Warnung zukommen, alles zu vermeiden, was den Frieden Europas gefährden könnte.

Der Staatsanwalt beantragte, einen neuen Zeugen, Wacław Krczyłowicz, vorzuladen, dem Bartoszewicz vorschlug, zur Hälfte mit ihm eine Fabrik zur Herstellung von Marinewaffen zu gründen. Bartoszewicz versprach diese Fabrik dafür in der Kriegsmarine zu unterstützen.

Bartoszewicz springt auf: „Bodenlose Lüge, Verleumdung.“

Das Gericht beschließt, Krczyłowicz vorzuladen. Eine Reihe Entlastungszeugen führen an, daß Bartoszewicz immer ein reicher Mann war, sowohl in Petersburg wie auch in Warschau. Ein Herr Byłowski sagt aus, daß B. im Jahre 1920 ein Geschäft „Rosmos“ in Warschau erworben hat und dazu noch ein großes Immobilierunternehmen hatte.

Krulikowski verurteilt.

Das Urteil lautet auf 12 Jahre schweren Kerker.

Am 7. Verhandlungstage wurden die Plädoyers abgeschlossen. Verteidiger Paschalski hielt eine mit größter Aufmerksamkeit aufgenommene Rede, in der er die psychologischen Momente besonders unterstrich. Die Rede war gleichzeitig eine vernichtende Kritik des Untersuchungs Systems. Paschalski führte u. a. aus: „Der Hauptankläger in dieser Angelegenheit ist der als Zeuge

auftretende Polizeiagent Szejnker. Dieser Zeuge ist nicht nur ein ausgezeichnete Agent, sondern ein ebensolch guter Komödiant. Er bekam es fertig nach der Zitadelle zu telefonieren, ohne zu wissen, ob Krulikowski ein Oberst oder General sei. Hätte er eine höhere militärische Stellung eingenommen, dann wollte er, wie er selbst sagte, von der in dem Gepäck der Michalowska gefundenen Telephonnummer mit dem Namen Krulikowski keinen Gebrauch machen. Und die Angelegenheit mit den von Blutflecken schlecht gesäuberten Lappen? Ist es anzunehmen, daß, während ganz Warschau von der Leiche im Koffer sprach, der angebliche Mörder zur größten Freude des Untersuchungsrichters sie so aufbewahren wird, daß sie sogar der Polizeiagent Szejnker findet? Dieser alle Polizeischulen durchgegangene Angeklagte sollte so schlecht die Spuren seiner Mordtat verwischt haben?“

Staatsanwalt Rudnicki wandte sich gegen die psychologischen Ausführungen Paschalskis. Er wies darauf hin, daß das Operieren mit psychologischen Momenten wohl sehr einfach sei, jedoch nichts beweise. Er führte u. a. aus: „Der Angeklagte, so meint die Verteidigung, hat den Mord nicht begehen können, da er am nächsten Tage dem kranken Mrozek eine Apfelsine brachte. Diese Tat ist weniger rucklos, als die, wo ich als Verteidiger auftrat (Macoch-Prozess). Dort ermordete ein Geisteskranker mit der Axt einen Menschen. Ueber den Sterbenden sprach er dann noch ein Gebet und erteilte ihm Absolution. Daraus ist ersichtlich, daß die Psychologie ein Stoch mit zwei Enden ist.“

Nach der Replik der Verteidigung wurden dem Angeklagten das letzte Wort erteilt, der erklärte: „Ich bin unschuldig und lege mein Los in die Hände des hohen Gerichts.“

Gestern nachmittag wurde das Urteil gefällt: Es lautete auf

12 Jahre schweren Kerkers.

Während der Urteilsverkündung rief Krulikowski wiederholt aus: „Ich bin unschuldig! Ich bin unschuldig!“

Die Verteidigung legte gegen das Urteil Berufung ein.

Zusammenarbeit der deutschen und tschechischen Sozialisten.

In ganz Westböhmen fanden Protestversammlungen gegen den Militarismus statt, die von tschechischen und deutschen sozialdemokratischen Jugendorganisationen einberufen waren. In jeder dieser Versammlungen sprachen sozialdemokratische Redner zum erstenmal nach langer Zeit gemeinsam. Ueberall wurden Resolutionen angenommen, die sich gegen die Verlängerung der Militärdienstzeit und gegen die Abschaffung des Wahlrechts der Soldaten wenden.

Das glückliche Preußen.

(A.T.C.) Angesichts dessen, daß die preussischen Budget-Einnahmen die Ausgaben bei weitem überschreiten, hat die Regierung den Administrationsbehörden anbefohlen, den Steuerzahlern weitgehende Zahlungserleichterungen zu gewähren.

Panuropa.

Im Ergebnis der Beratungen des paneuropäischen Kongresses in Wien wurde eine aus hervorragenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens bestehende Kommission ins Leben gerufen, die das europäische Wirtschaftsproblem studieren soll. Außerdem wird in Brüssel ein Wirtschaftsbüro eröffnet, welches das Projekt einer paneuropäischen Zollunion ausarbeiten soll.

Ein politischer Skandal.

In Prag wurde der rechtliche Vertreter des Fürsten Kyrill von Koburg, der Rechtsanwalt Eisler, verhaftet. Die Sache hat skandalösen Charakter. In die Angelegenheit sind nicht nur hochstehende Persönlichkeiten, sondern auch politische Parteien eingemischt. Es wird berichtet, daß Eisler, aus der Kiesenhinterlassenschaft des Kyrill große Summen als Schmiergelder an Politiker und Beamten gezahlt habe.

Der Streit um Spizbergen beendet.

Die Verhandlungen über die privaten Rechte in Spizbergen sind in der letzten Woche in Oslo beendet worden. Ueber alle Streitfragen bezüglich der nordwestlichen Interessen ist Uebereinstimmung erzielt worden. Die russischen Reklamanten erhalten von dem norwegischen Staate eine Barunterstützung und ein gemeinsames Nutzungrecht in einigen Gegenden von Spizbergen.

Der Schnaps ist in Norwegen weiter rar.

Trotz des Ausganges der Volksabstimmung erfolgt der Alkoholverkauf nur gegen Vorzeigung besonderer Legitimationen mit Lichtbild, die nur an volljährige männliche Bürger ausgeteilt werden. Jeder Mann kann im Laufe der Woche nur eine bestimmte Alkoholmenge erhalten. An Zahltagen herrscht Alkoholverbot. Die Besteuerung des Alkohols ist ungeheuer groß.

Kunst.

Aus der Philharmonie.

Zum Konzert Alexander Borowskis.

Alexander Borowskis Spiel nahm weite Kreise sehr für ihn ein. Das Spiel dieses feingebigten Künstlers überraschte durch sehr schöne Klangführung...

Russisches Ballett. Ein interessanter Tanzabend wird am Sonnabend, den 30., und Sonntag, den 31. Oktober, im Saale der Philharmonie stattfinden...

Das Konzert von Emanuel Feuermann. Im Eröffnungskonzert des Philharmonischen Orchesters, das am kommenden Montag, den 1. November, um 8.30 Uhr abends, unter Georg Frittelbergs Leitung stattfinden wird...

Aus dem Reiche.

I. Brzeziny. Brandstiftung. Im Dorfe Baprotnia brach am 26. d. M., 11 Uhr nachts, in der Scheune des Ignacy Swientoslawski Feuer aus.

I. Wenczyca. Anschlag auf einen Eisenbahnzug. Auf der Bahnstrecke Lodz-Zgierz-Kutno ging der Bahnwärter Pakula, 15 Kilometer von Zgierz entfernt, 15 Minuten vor der Vorbeifahrt des Zuges das Bahngeleise kontrollieren und fand auf dem Geleise einige Holzbohlen liegen...

I. Kasz. Ueberfall. Die geisteskrankte 31-jährige Marjanna Szujska aus dem Dorfe Korablew, Gemeinde Zbanki, wurde von einer unbekanntenen Person...

Die drei Riesen.

Roman von Friede Bizner.

(2. Fortsetzung.)

Groß sah Banu Ela sie an. „D. Miß Judy! Warum tue ich das nicht auch alles? Warum bin ich immer nur hier? Solange ich denken kann, nur hier in diesen Räumen, dort unten im Garten — oder auf dem Dach?“

Jugendbund Zdunsta = Wola.

Am Montag, den 1. November d. J., um 2 Uhr nachmittag findet im eigenen Lokale der D. S. A. P. (Freischütz) eine

große Mitgliederversammlung der Jugend

statt. Sprechen wird der Vorsitzende des Hauptvorstandes des Jugendbundes Gustav Wald über „Die Ziele und Aufgabe des Jugendbundes“.

Alle Jugendgenossen und Förderer unserer Bewegung werden gleichfalls herzlichst hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

überfallen und unter Androhung des Erwürgens vergewaltigt. Darauf stahl ihr der Unbekannte 2 silberne Ohrringe, einen Fingerring und 20 Zloty und verschwand.

I. Kalisz. Grabschändung. In der Nacht vom 26. auf den 27. d. M. wurde auf dem katholischen Friedhof in Brudzew Gräber aufgedeckt, die Särge herausgezogen, den Leichen die Kleider weggenommen...

I. — Brandstiftung. Auf dem Gute Wilczyce, Gemeinde Staw, Besitzer Michal Kolodziejcki, brach in der Scheune Feuer aus, das einen Schaden von 15000 Zloty verursachte.

I. Tschentschan. So weit ist es schon. Während des Gottesdienstes in der Marienkirche wurden 2 Knaben gefaßt, die im Begriff waren, eine gewisse Maria Slawowska zu bestehlen.

Thorn. Tödlich verunglückt ist hier eine junge Beamtin aus Dzialdowo, die auf einen in Fahrt befindlichen Eisenbahnzug springen wollte.

Krakau. Gestern fiel hier die ganze Nacht hindurch dichter Schnee, der teilweise den Verkehr behinderte.

Gefahren des Radio.

Alt und jung hört froh in der Wohnung Radio. Stumm sitzt jeder rings im Kreise; nur die Wanduhr tickt leise.

Die auch, daß sie nicht mehr stört, stellt der Vater ab empört. Und nun sieht man alle lauschen, und statt Worte, Blicke tauschen.

Plötzlich, welche Höllenpein: Tante Berta tritt herein! Sie begrüßt die Hörer alle laut mit großem Redeschwalle.

„Nicht!“ schreit wutersticht der Sohn, bei der Tante erstem Ton. Die Mama winkt: „Schweige stille!“ Dies ist auch der Tochter Wille.

Tante, die so gerne schwagt, ist natürlich ausgekratzt, und entschließt sich nichts beim Sterben, der Familie zu vererben.

Schleunigt, weil vor Zorn sie brennt, ändert sie ihr Testament, und vermachst ihr Bargeld heiter einem kranken Außenleiter.

Die Moral von der Geschichte? Höre lieber Radio nicht, wenn sich Tanten darüber tranken, die an deine Wohlfahrt denken.

Offensive gegen den Herrentragen.

Eine Liga zur Bekämpfung des Herrentragens.

In Paris fand kürzlich die erste Mitgliederversammlung der Liga gegen den Kragen statt, die Paris und die Welt von der Tyrannei des Kragens befreien will, ganz gleich, ob dieser gestärkt oder ungestärkt ist.

Eine Millionenklage um den Dempsey-Kampf.

Der Boxkampf Dempsey-Tunney um die höchsten Ringgehälter der Welt war schon in seinem Vorpiel sensationell. Aber auch die Nachwehen dieses Ereignisses sind geradezu grotesk.

wird aber die Fürstin, denn Altab liebt sie sehr und hat geschworen, keine andere neben ihr zu lieben.

„D. Miß Judy, das ist schön von Altab. Liebt er Daina schon lange?“

„Ich glaube, ja. Deshalb wäre es doch fast zum Streit mit dem Maharadscha von Nepal gekommen, da dieser Daina auch zum Weibe begehrte.“

„Seit Vaters Tod. Ich war damals fünf Jahre, und der Fürst versprach, meinem Vater, immer für mich zu sorgen.“

„Ihr Vater war Schatzmeister Seiner Hoheit?“

„Ja. Vater hatte die ganze große Schatzkammer unter sich. D. Miß Judy Altab sagte neulich, daß er mich bald verheiraten will. Sagen Sie, wird es dann anders in meinem Leben?“

„Das glaube ich nicht, Kleine Banu Ela. Denn sehen Sie doch um sich, fährt eine von all den Frauen hier am Hofe ein anderes Leben?“

„Miß Judy, wenn ich aber nun heirate, dann muß ich doch in einen anderen Harem, nicht wahr? Und das ist dann anders wie hier?“

Juliet schüttelte leicht den schönen, blonden Kopf, „Nein Banu Ela — das bleibt sich ganz gleich — höchstens mit dem Unterschied, daß Sie hier zur Hofhaltung Altabts gehören und dann die erste Frau im Zenanah Ihres Mannes sind.“

„Ich hätte so eine große Bitte, Miß Judy.“

„Wenn es in meiner Macht liegt, will ich Sie gern erfüllen.“

„Sie sprechen doch so oft mit Altab — fragen Sie ihn doch, ob er mir nicht gestatten würde, ein wenig so zu leben wie Sie. Ich möchte auch Arbeit haben — möchte englisch sprechen — möchte eine Dame sein.“

„Banu Ela, da verlangen Sie mehr, als Ihnen der Fürst gewähren darf. Ich will aber sehen, ob er Ihnen gestattet, daß Sie englisch lernen und europäische Bücher lesen.“

„D. wie lieb Sie sind, Miß Judy. Ich begreife nicht, warum die alte Rani immer so häßlich von Ihnen spricht.“

„Tut sie das? Nun, das ist mir ganz verständlich. Sie ist eine Thug, die Tochter eines Oberpriesters der Thugs.“

„Solle Sie da in mir nicht die Ungläubige haßten, die allen Sitten Hohn spricht? Doch das sind alles viel zu schwierige Probleme für Sie, Banu Ela. Sie sollen jetzt ruhen, und ich muß mich eilen, denn in einer halben Stunde hat mich der Fürst zu einer Tennispartie befohlen.“

„Tennis? Was ist das, Miß Judy?“

„Das ist ein europäisches Ballspiel, das auf einem besonders dafür angelegten Platz gespielt wird.“

„So, nun-aber endgültig Schluß mit unserer Unterhaltung. Ich sehe morgen früh wieder nach Ihnen, Banu Ela.“

Juliet neigte leicht den Kopf vor der Rani, die im Hintergrund des Saales auf einem Berg von Rissen hockte und vor sich hinstarrte.

Den Gruß der jungen Verjtin erwiderte sie nicht, Miß Judy war Lust für die kastenstolze Rani Gundari.

Ein Eunuche hob den Burdha zur Seite und ließ Juliet mit respektvollem Gruß an sich vorbeiziehen.

Belcht und sicher ging Juliet durch die Hallen und Gänge des Palastes, der ein Traum in Marmor war. Durch das tägliche Sehen hatten Julietts Augen sich schon an den Anblick all der Säubetten und Kostbarkeiten gewöhnt, die in dem Palast aufgehängt waren.

(Fortsetzung folgt)

Kurze Nachrichten.

Der Publizist Rzymowski, der aus Italien ausgewiesen wurde, ist nach Warschau zurückgekehrt. Er wurde von den italienischen Faschisten bei der Regierung als Umstürzler-Agitator denunziert.

Die indischen Religionskämpfe. In einer Prozession der Hindus wurde eine Bombe geworfen, durch deren Explosion 9 Personen getötet und 51 verwundet wurden.

Die tschechische Nationalbank hat den Diskont- und Lombardzinsfuß um einen halben Prozent herabgesetzt.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Kauscher, ist nach Warschau zurückgekehrt.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens Parteirat.

Am Sonntag, den 31. Oktober, um 9 Uhr morgens, findet in der Petrikauerstraße Nr. 109 eine Sitzung des Parteirates mit nachfolgender Tagesordnung statt:

- 1. Verlesung des Protokolls,
2. Die politische Lage,
3. Das Finanzwesen der Partei,
4. Versammlungsplan und Bildungswesen,
5. Ergänzungswahl für den Hauptvorstand,
6. Allgemeines.

Vorsitzender: A. Kronig.

Lodz-Zentrum. Männerchor. Heute, Donnerstag, den 28. Oktober, um 7 Uhr abends, findet in der Samenbostrasse Nr. 17 die übliche Gesangsstunde statt.

Ortsgruppe Nord, Reiterstraße 13. Heute, Donnerstag, den 28. Oktober l. J., um 7 Uhr abends, findet die übliche Vorstandssitzung statt.

Lodz-Süd. Männerchor. Sonnabend, den 30. Oktober, um 7 Uhr abends, findet im Parteilokale, Bednarzstraße 10,

Achtung! Konstantynow!

Am Montag, den 1. November, um 3 Uhr nachm., findet im Turnsaale eine

große Versammlung

statt. Sprechen wird Sejmabgeordneter Artur Kronig über die politischen Ereignisse in Polen seit dem Matumsturz sowie über die gegenwärtige Lage.

Deutsche! Erscheint in Massen!

Der Vorstand der D. S. A. P. in Konstantynow.

eine ordentliche Generalversammlung der Gesangsaktion statt. Am pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

Am Sonntag, den 31. Oktober, ab 10 Uhr vormittags, findet im Lokale, Bednarzstraße 10, ein Scheibenschießen für Mitglieder und eingeführte Gäste statt.

Ortsgruppe Jgierz. Mitglieder-Versammlung. Am Montag, den 1. November, 3 Uhr nachmittags, findet im eigenen Parteilokale, 3-go Maja 32, im 2. Termin eine Mitglieder-Versammlung mit nachstehender Tagesordnung statt:

Jugendbund der D. S. A. P.

Lodz-Zentrum. Am Sonnabend, den 30. Oktober, um 7 1/2 Uhr abends, findet im Parteilokal, Samenbostrasse Nr. 17, die ordentliche Vorstandssitzung statt.

Ortsgruppe Nord, Reiterstraße 13. Am Sonntag, den 30. Oktober l. J., 6 Uhr abends im ersten und 7 Uhr im zweiten Termin, findet eine außerordentliche Generalversammlung statt.

Die Tagesordnung umfasst folgende Punkte: Protokollverlesung, Tätigkeitsbericht, Kassabericht, Bericht der Revisionskommission und Entlastung der alten Verwaltung, Ruhezucht und freie Vorträge. N.B. Nach Erledigung der Tagesordnung wird die eigene Musikaktion und einige Genossen ihre eingetübten Vorträge zu Gehör bringen.

Warschauer Börse.

Table with exchange rates for various cities like Belgium, Holland, London, New York, Paris, Prague, Zurich, Italy, Vienna.

Auslandsnotierungen des Zloty.

Table with international exchange rates for London, Zurich, Berlin, Warsaw, Poland, Rattowitz, Danzig, Vienna, Riga.

Der Dollarkurs in Lodz und Warschau.

Auf der schwarzen Börse in Lodz: 9.01-9.02, in Warschau: 9.00. Der Goldrubel 4.74.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. L. Koz. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauerstraße 109.

Aula des Deutschen Gymnasiums zu Lodz Alje Rosciuski 65.

Lichtbilder-Vorträge

Paul Hensfels aus Stuttgart.

Heute, Donnerstag, den 28. Oktober 1926:

„Gymnastik als Lebensfreude“

mit 150 Lichtbildern.

Am 29. Oktober 1926:

„Fidus der Lichtgläubige“

mit 120 farb. Lichtbildern nach den schönsten Werken des Malers Fidus.

Beginn 8 Uhr abends.

Karten sind in der Drogerie A. Dietel, Petrikauerstraße 157, Gebr. Schwalbe, Petrikauer 85, und in der Gymnasialkanzlei im Preise zu 4.-, 3.-, 2.- und 1.- Zloty zu haben.

Deutscher Real-Gymnasialverein zu Lodz.

Am Donnerstag, den 11. November ac., um 8 Uhr abends, findet in der Aula des Deutschen Gymnasiums, Al. Rosciuski 65, die zweite

Jahres-Hauptversammlung

statt. Tagesordnung:

- 1. Verlesung des Protokolls der Hauptversammlung vom 15. Juni 1926.
2. Bericht der Direktoren.
3. Kassenbericht § 41.
4. Bestätigung der Bilanz per 31. Juli 1926.
5. Bericht der Revisionskommission.
6. Eventuelle Anträge.

Anmerkung: Falls diese Hauptversammlung nicht zustande kommen sollte, so findet dieselbe im 2. Termin Donnerstag, den 18. November, 8 Uhr abends, statt und ist dann ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig (§ 15). Der Vorstand.

Berein deutschsprechender Meister und Arbeiter.

Am Sonnabend, den 6. November d. J., feiert unser Verein im Saale, Konstantiner Straße 4, sein

20. Stiftungsfest

mit reichhaltigem Programm. Zu dieser Feier erlauben wir uns unsere Mitglieder mit ihren werten Angehörigen sowie alle befreundeten Vereine höflich einzuladen.

Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind herzlich willkommen.

Musik des Scheiblerschen Orchesters unter Leitung des Herrn Kapellmeisters A. Thonfeld.

Beginn um 8 Uhr abends. Die Verwaltung.

Lodzzer Sport- und Turnverein.

Sonntag, den 31. Oktober l. J., ab 9 Uhr vormittags, findet in unserem Turnsaale, Jazontna 82, das diesjährige

Wettturnen

um den Wanderpreis

der Turnvereine des Gauverbandes in der Wojewodschaft Lodz statt. Eintritt 50 Groschen. Nachmittags, ab 4 Uhr, veranstaltet unser Verein ein großes

Schauturnen

mit anschließendem Tanz, wozu ergebenst einladet die Verwaltung.

In der Lodzzer Volkszeitung haben

Stellen-Angebote

infolge ihrer großen Verbreitung in den Arbeiter- und Angestellten-Kreisen den besten Erfolg

Gall-Späne



Chemische Reinigung im Hause.

Waschmittel für Wolle, Baumwolle, Seide, Tüll, Gardinen, farbstoffhaltige Stoffe, Stickerien und dergleichen.

Wollwäcker schrumpfen nicht ein!

Generalvertrieb durch die Drogerie

Arno DIETEL

Lodz, Piotrkowka 157, Tel. 27-94.

Advertisement for Alfred Teschner's Spiegel (mirrors) and other optical goods, including contact information for Lodz.

Bienenhonig!

garantiert echt in Blechkannen, brutto 5 kg - 15 Zloty, 10 kg - 28 Zloty, franko jede Poststation, per Nachnahme versendet D. Hoch, Tarnopol, Malop., Rynek 13

Tüchtige

Stopferin

für Wollwaren nach auswärts gesucht. Zu melden mit guten Zeugnissen Piotrkowka Nr. 149, Wohn. 7, III. St., 2-4 u. 8-9 Uhr abds.

Dr. med. R. Stupel

Erkennung 12. Haut-, Haar- u. Geschlechtsleiden, Licht- und Elektrotherapie (Röntgenstrahlen, Quarzlampe, Diathermie). Empfängt v. 6-9 abends u. Frauen v. 12-3 nachm.

Dr. med. L. Prybulski

Haut-, Haar-, venerische und Geschlechtskrankheiten Behandlung mit Quarzlicht (Haarausfall) u. Röntgenstrahlen, Elektrifikation und Massage. Von 9-2 u. von 4-8 Uhr; für Damen von 4-6 Uhr. Besondere Wartetube. Zawadzka Nr. 1. Telefon 25-38. 04

Konstantynow. Achtung!

Im Lokale der D.S.A.P., Dlugajz. 6, Auskunftserteilung in Steuerangelegenheiten: A. Hoffmann, Stadt., und A. Eierbüchen - Dienstags von 8-9 abends. Krankenlosgenfragen: A. Jende - Sonnabends v. 8-9 abends. Bauangelegenheiten: Vizebürgermeister E. Sieb, Stadt., W. Heidrich und A. Eierbüchen - Dienstags von 8-9 abends. Öffentliche Fürsorge: Stv. Jende und A. Welszer - Dienstags von 8-9 abds. Wohnungsfragen: Stadt- B. Jende und A. Hing - Dienstags von 8-9 abds. Schulangelegenheiten: E. Geller - Mittwoch v. 8-9 abends